

Warum sind die Armutsgefährdungsquoten von Menschen mit ausländischer Herkunft in Niedersachsen überdurchschnittlich hoch?

Im Dezember 2017 wurden in dieser Zeitschrift im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung über Armut und Reichtum zwei Tatsachen festgestellt:

- Ausländerinnen und Ausländer sowie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte²⁾ unterliegen in Niedersachsen einem erheblich höheren Armutsgefährdungsrisiko als Deutsche.
- Der Abstand der Armutsgefährdungsquote zwischen Nichtdeutschen und Deutschen ist in Niedersachsen schon seit Langem erheblich höher als im Bundesgebiet.

Die erste Feststellung war nicht überraschend. Immer wieder wurde festgestellt, dass die Personengruppen der Nichtdeutschen und der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich häufiger als Deutsche bzw. Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte einer Armutsgefährdung unterliegen. Dies gilt für Niedersachsen wie auch für alle anderen Länder. Die zweite Feststellung aber war neu, und seinerzeit konnte noch nicht sicher gesagt werden, warum der Abstand der Armutsgefährdungsquoten zwischen Deutschen und Nichtdeutschen in Niedersachsen konstant überdurchschnittlich ist. Es wurde darum angekündigt, dass das Landesamt für Statistik Niedersachsen an der Ursachenermittlung arbeiten würde³⁾. Erste Ergebnisse dieser tieferen Analyse werden hier vorgestellt.

1) Theresia Kadura ist Studentin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und absolvierte 2018 ein Praktikum im Dezernat 21 des LSN.
 2) Für „Ausländerinnen und Ausländer“ wird im folgenden Text der Begriff „Nichtdeutsche“ verwendet. Beide Begriffe beziehen sich auf die Staatsangehörigkeit; Menschen mit deutscher und zugleich ausländischer Staatsangehörigkeit werden als Deutsche gezählt. Die Begriffe „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ sind synonym. Zu dieser Personengruppe gehören neben den Nichtdeutschen auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die z. B. eingebürgert wurden oder die nichtdeutsche Eltern haben.
 3) Vgl. Lothar Eichhorn, Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2016, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/2017, S. 624ff.

Alle Daten über die Armutsgefährdung stammen aus der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, in der entsprechende Daten auf Basis des Mikrozensus berechnet werden.⁴⁾ Als armutsgefährdet gelten danach Personen, deren Einkommen unterhalb einer Schwelle von 60 % des durchschnittlichen Einkommens (Median) liegt. Durchgängig wurde dabei der jeweilige regionale Median⁵⁾ zu Grunde gelegt („Regionalkonzept“).

1. Ausgangsfrage: Wie verhalten sich die Armutsgefährdungsquoten nach Herkunft und Ländern im Zeitvergleich?

In Deutschland existiert ein erheblicher Unterschied zwischen den Armutsgefährdungsquoten von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Diskrepanz sank zwischen den Jahren 2005 und 2012 kontinuierlich, nahm aber seit 2012 wieder ebenso kontinuierlich zu.

Während 2012 der Unterschied zwischen den Armutsgefährdungsquoten in Deutschland noch 17,9 Prozentpunkte betrug, wies das Jahr 2016 mit 22,2 Prozentpunkten den höchsten Differenzwert seit 2005 auf. In diesem Jahr lag die Armutsgefährdungsquote der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei 35,5 %, die der deutschen Staatsangehörigen bei 13,3 % (vgl. T1). In Niedersachsen lag die Differenz zwischen den Quoten der Deutschen und der Nichtdeutschen durchgängig höher als im bundesdeutschen Durchschnitt.⁶⁾ Sie betrug 2005 29,9 Prozentpunkte,

4) Die Ergebnisse sind verfügbar unter: www.amtliche-sozialberichterstattung.de.
 5) Vgl. Eichhorn, a.a.O., S. 624.
 6) In Anlehnung an den „Gender Pay Gap“ wird diese Differenz im Folgenden „Herkunfts-Lücke“ genannt.

T1 | Armutsgefährdungsquoten in Niedersachsen und Deutschland 2005 bis 2016 nach Staatsangehörigkeit

Land	Einheit	Jahr											
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Niedersachsen													
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	%	43,0	41,9	40,3	40,0	37,9	36,7	35,4	36,5	36,0	36,6	40,5	43,0
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	%	13,1	12,3	12,8	12,9	13,0	12,9	13,8	13,9	14,5	13,8	14,0	13,5
Differenz	Prozentpunkte	29,9	29,6	27,5	27,1	24,9	23,8	21,6	22,6	21,5	22,8	26,5	29,5
Deutschland													
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	%	34,3	32,6	32,6	31,6	31,8	31,7	31,6	31,5	32,0	32,5	33,7	35,5
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	%	12,8	12,2	12,5	12,7	13,0	12,9	13,6	13,6	13,9	13,7	13,8	13,3
Differenz	Prozentpunkte	21,5	20,4	20,1	18,9	18,8	18,8	18,0	17,9	18,1	18,8	19,9	22,2

Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html.

sank dann kontinuierlich bis 2011 auf 21,6 Prozentpunkte und stieg seit 2013 wieder an bis auf 29,5 Prozentpunkte 2016. In diesem Jahr betrug die Armutsgefährdungsquote der Nichtdeutschen in Niedersachsen 43,0 % und war somit mehr als dreimal so hoch wie die der Deutschen (13,5 %).

Eine genauere Betrachtung der Quoten auf Länderebene (vgl. T2 und A1) zeigt zunächst eine überall feststellbare Steigerung der Differenzwerte von 2015 auf 2016; diese starke Zunahme ist auf die starke Zuwanderung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden, vor allem als Folge der Kriege und Bürgerkriege in Syrien, dem Irak und Afghanistan, zurückzuführen. Sie zeigt weiter, dass die Lücke in

den wirtschaftsstarke Ländern Bayern und Baden-Württemberg konstant niedriger ist als im Bundesdurchschnitt. Besonders bemerkenswert ist aber, dass die Herkunftslücke nicht nur in Niedersachsen, sondern auch den anderen norddeutschen Ländern Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg konstant deutlich höher als der bundesdeutsche Wert ist. Das gleiche gilt für Niedersachsens westlichen Nachbarn Nordrhein-Westfalen. Mit 29,5 Prozentpunkten (Niedersachsen) und 30,8 Prozentpunkten (Schleswig-Holstein) lagen diese beiden Länder im Ranking auf Platz 2 und 1⁷⁾. Auch in Ostdeutschland war die Herkunftslücke konstant höher als im Bundesdurchschnitt.

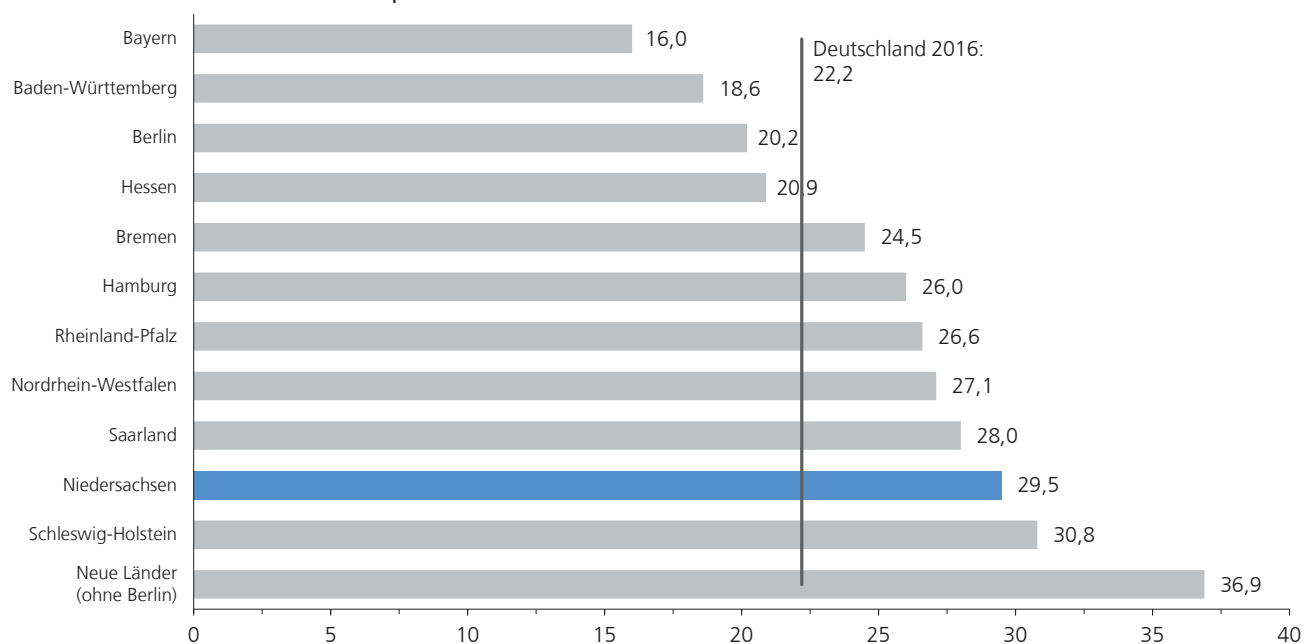
7) Für die ostdeutschen Flächenländer liegen leider keine Daten vor, sondern nur für Ostdeutschland insgesamt (einschließlich oder ohne Berlin).

T2 | Differenz der Armutsgefährdungsquoten zwischen Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit 2005 bis 2016 nach Ländern – in Prozentpunkten –

Land	Jahr											
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	20,5	18,5	18,7	16,8	17,6	18,5	17,1	16,2	16,3	17,7	17,2	18,6
Bayern	18,7	15,7	17,7	14,7	14,6	15,3	14,1	13,3	13,8	14,5	15,1	16,0
Berlin	19,7	16,7	19,2	18,1	17,6	18,4	18,7	17,7	15,7	17,7	17,4	20,2
Bremen	25,0	28,3	22,1	31,8	21,7	28,0	20,9	22,3	29,7	22,6	23,3	24,5
Hamburg	22,3	24,9	24,9	25,8	24,5	20,7	20,0	21,0	22,0	20,9	25,0	26,0
Hessen	22,2	20,1	20,1	19,1	18,8	20,3	18,2	18,9	18,7	17,2	18,7	20,9
Niedersachsen	29,9	29,6	27,5	27,1	24,9	23,8	21,6	22,6	21,5	22,8	26,5	29,5
Nordrhein-Westfalen	25,4	25,6	24,0	22,9	24,1	22,0	23,2	23,1	22,5	24,3	24,1	27,1
Rheinland-Pfalz	23,4	21,4	21,9	22,4	20,1	19,6	20,0	17,5	20,6	21,1	21,8	26,6
Saarland	20,0	22,4	27,9	28,0	21,0	18,9	22,2	21,0	22,2	23,4	18,8	28,0
Schleswig-Holstein	31,5	25,0	27,1	26,7	29,6	28,7	26,1	23,9	28,0	23,6	25,7	30,8
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	21,3	20,3	20,7	19,5	19,5	21,0	19,1	19,6	18,5	20,0	23,7	26,1
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	25,7	30,4	28,2	29,2	34,8	36,9
Deutschland	21,5	20,4	20,1	18,9	18,8	18,8	18,0	17,9	18,1	18,8	19,9	22,2

Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html.

A1 | Differenz der Armutsgefährdungsquoten zwischen Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit 2016 nach Ländern – in Prozentpunkten –



Um die besonders stark ausgeprägte Differenz zwischen den Armutsgefährdungsquoten von Deutschen und Nichtdeutschen in Niedersachsen erklären zu können, wurden mögliche Faktoren identifiziert, die ursächlich für die Entstehung und Entwicklung dieser Diskrepanz sein können. Dazu wurden Indikatoren vor allem aus den Bereichen Nationalität, Bildung und Arbeitsmarkt, immer hinsichtlich ihrer Ausprägung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, in der Zeitreihe von 2006 bis 2016 auf Länderebene untersucht. Da aus methodischen Gründen die entsprechenden Daten der Armutsgefährdungsquoten für die ostdeutschen Flächenländer nicht berechnet werden konnten, sondern nur für Ostdeutschland insgesamt, liegt der Schwerpunkt der folgenden Analyse auf der Betrachtung der westdeutschen Länder, und hier insbesondere der Position Niedersachsens innerhalb dieser Ländergruppe.

2. Spielt die unterschiedliche ethnische Herkunft der Nichtdeutschen eine Rolle?

Zunächst ist die Frage zu prüfen, ob die unterschiedliche ethnische Herkunft der Nichtdeutschen eine Rolle spielt. Menschen bestimmter Nationalitäten bzw. Herkunftsländer, die in Deutschland leben, sind – je nach Staatsangehörigkeit bzw. Herkunft – unterschiedlichen Armutsrisiken ausgesetzt. So sind Menschen, die z. B. aus den Niederlanden, Schweden, Frankreich, Italien oder Dänemark stammen und hier leben, relativ selten von Armut betroffen. Überdurchschnittlich stark betroffen sind demgegenüber Menschen aus dem Balkan und Südosteuropa, auch aus der Türkei und dem Nahen Osten. Es könnte also sein, dass die entsprechenden Nationalitäten in Niedersachsen über-

repräsentiert sind und sich dies in einer überdurchschnittlichen Herkunftslücke niederschlägt.

Auskunft darüber gibt die Tabelle T3, die für das Jahr 2016 diejenigen 11 Staatsangehörigkeiten bzw. Herkunftsregionen aufführt, die innerhalb der Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte *bundesweit* stark überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten⁸⁾ aufweisen. Entsprechende Angaben für Niedersachsen liegen aus stichprobentheoretischen Gründen nicht vor. Die Tabelle T3 enthält auch den Anteil der jeweiligen Personengruppe an allen Zugewanderten. Die Personen aus diesen 11 Herkunftsländern haben bundesweit einen Anteil von 40,9 % an allen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte; in Niedersachsen beträgt der Anteil 41,0 %, ist also praktisch identisch. Überdurchschnittlich stark vertreten waren in Niedersachsen 2016 vor allem Menschen aus dem Nahen Osten, ein Ergebnis der Flüchtlingswanderung 2015. Die Herkunftslücke bestand aber, wie oben dargestellt, schon seit längerer Zeit. Zudem muss man umgekehrt berücksichtigen, dass eine wichtige Gruppe Zugewanderter, nämlich die der Menschen aus den Niederlanden, in Niedersachsen stark überrepräsentiert ist und zugleich sehr selten als armutsgefährdet gelten muss – die Quote für diese Personengruppe liegt bundesweit bei nur 11,4 %.

Im Ergebnis steht die Feststellung, dass eine besondere unterschiedliche ethnische Zusammensetzung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht die Ursache für die überdurchschnittliche Herkunftslücke ist.

⁸⁾ Als stark überdurchschnittlich wurden Abweichungen von mehr als 3 Prozentpunkten nach oben definiert.

T3 | Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen und Deutschland 2016 nach ausgewählten erweiterten Staatsangehörigkeiten und überdurchschnittlicher Armutsgefährdungsquote

Migrationshintergrund nach erweiterter Staatsangehörigkeit	Deutschland			Niedersachsen	
	Armutsgefährdungsquote	Personen	Anteil an Personen mit Migrationshintergrund insgesamt	Personen	Anteil an Personen mit Migrationshintergrund insgesamt
	%	1 000	%	1 000	%
Afghanistan	65,6	231	1,2	20	1,3
Pakistan	56,9	94	0,5	3	0,2
Afrika	46,3	744	4,0	39	2,5
Naher und Mittlerer Osten	42,8	2 302	12,4	278	17,9
Bulgarien	42,4	238	1,3	15	1,0
Kosovo	40,0	356	1,9	31	2,0
Vietnam	38,4	167	0,9	17	1,1
Serbien	36,9	288	1,6	22	1,4
Ukraine	33,6	272	1,5	25	1,6
Indien	33,0	115	0,6	4	0,3
Türkei	32,4	2 797	15,1	184	11,8
Insgesamt	.	7 604	40,9	638	41,0
Personen mit Migrationshintergrund insgesamt	28,0	18 576	100	1 557	100

Quelle: Mikrozensus, StBA, Fachserie 1, Reihe 2.2., 2016.

3. Tritt das Phänomen der überdurchschnittlichen Herkunftslücke auch in den SGB II-Statistiken auf?

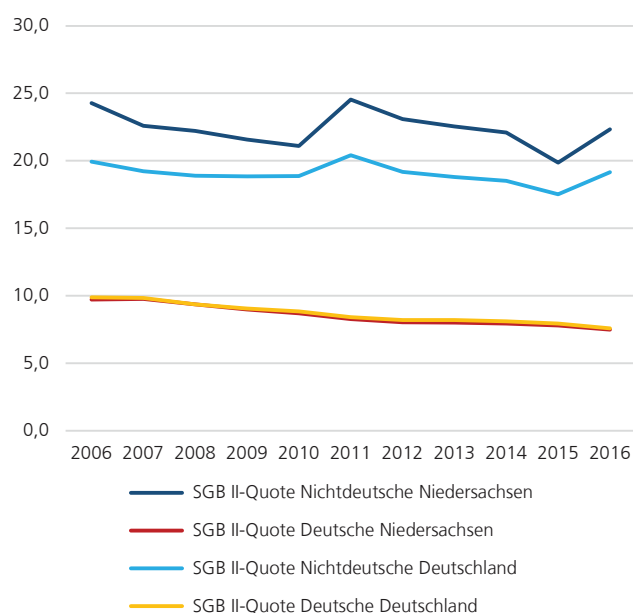
In einem weiteren Analyseschritt wurde untersucht, ob die unterschiedliche Höhe der Herkunftslücke lediglich in der amtlichen Sozialberichterstattung zu finden ist oder auch bei anderen, thematisch verwandten Statistiken über soziale Problemlagen. Dieser Analyseschritt wurde durchgeführt, um die Ergebnisse durch Hinzuziehung einer zweiten Datenquelle noch stärker abzusichern.

Eine thematisch verwandte Statistik ist die SGB II-Statistik der Bundesagentur (BA) für Arbeit. Die Abbildung A2 und die Tabellen T4 und T5 stellen auf Basis dieser Statistik die SGB II-Quoten der Deutschen und Nichtdeutschen in Niedersachsen und Deutschland (vgl. T4 und A2) sowie die Differenz dieser beiden Quoten, die Herkunftslücke, nach Ländern im Zeitvergleich seit 2006, dem frühesten verfügbaren Berichtsjahr, dar (vgl. T5).

Methodische Hinweise:

Die SGB-II-Quote gibt den Anteil aller Leistungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung bzw. an einer soziodemo-

A2 | SGB-II-Quoten von Personen deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit für Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016 – in Prozent –



T4 | SGB-II-Quoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit für Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016

Land	Einheit	Jahr										
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Niedersachsen												
SGB II-Quote Nichtdeutsche	%	24,3	22,6	22,2	21,6	21,1	24,5	23,1	22,5	22,1	19,9	22,3
SGB II-Quote Deutsche	%	9,7	9,8	9,4	9,0	8,7	8,3	8,0	8,0	7,9	7,8	7,5
Differenz	Prozentpunkte	14,6	12,8	12,8	12,6	12,4	16,3	15,1	14,5	14,2	12,1	14,8
Deutschland												
SGB II-Quote Nichtdeutsche	%	19,9	19,2	18,9	18,8	18,9	20,4	19,2	18,8	18,5	17,5	19,2
SGB II-Quote Deutsche	%	9,9	9,8	9,4	9,1	8,8	8,4	8,2	8,2	8,1	7,9	7,6
Differenz	Prozentpunkte	10,0	9,4	9,5	9,8	10,0	12,0	11,0	10,6	10,4	9,6	11,6

Quellen:

Bundesagentur für Arbeit Statistik > Statistik nach Themen > Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) > Überblick.
GENESIS online > data.

T5 | Differenz der SGB II-Quoten von Deutschen und Nichtdeutschen 2006 bis 2016 nach Ländern – in Prozentpunkten –

Land	Jahr										
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	8,2	7,6	7,2	7,4	7,5	7,8	6,7	6,6	6,5	6,2	7,5
Bayern	7,5	7,1	6,5	6,6	6,8	7,5	6,7	6,4	6,5	6,2	7,8
Berlin	11,7	12,1	12,2	12,8	13,3	20,2	18,0	16,4	15,2	13,7	12,7
Brandenburg	3,0	0,8	1,8	2,0	2,0	9,4	8,0	6,7	5,5	3,2	11,2
Bremen	12,8	12,7	12,9	13,1	14,0	17,4	16,4	16,4	16,2	15,8	17,8
Hamburg	10,0	10,2	11,6	12,4	12,5	14,7	13,9	13,6	13,4	13,3	13,7
Hessen	13,3	12,9	12,9	12,7	12,7	12,1	11,5	11,4	11,4	10,8	11,2
Mecklenburg-Vorpommern	7,4	4,8	5,5	5,9	5,9	13,0	11,2	8,7	6,9	3,6	13,8
Niedersachsen	14,6	12,8	12,8	12,6	12,4	16,3	15,1	14,5	14,2	12,1	14,8
Nordrhein-Westfalen	13,7	12,9	13,2	13,4	13,7	16,4	15,4	15,2	15,0	13,8	15,8
Rheinland-Pfalz	9,7	9,3	9,2	9,1	9,1	10,2	9,6	9,4	9,5	8,9	10,9
Saarland	11,0	10,6	9,9	9,9	9,6	13,0	11,8	11,9	12,7	13,5	24,2
Sachsen	7,3	3,4	4,7	5,4	6,3	13,8	11,2	9,9	8,1	5,5	11,2
Sachsen-Anhalt	15,7	8,5	11,4	11,9	10,8	10,9	9,2	7,7	6,3	2,7	12,3
Schleswig-Holstein	15,9	14,2	15,0	14,8	14,3	18,4	16,9	15,6	14,5	13,4	15,0
Thüringen	3,0	3,8	5,1	5,2	5,1	11,7	9,7	8,3	6,5	3,5	11,0
Deutschland	10,0	9,4	9,5	9,8	10,0	12,0	11,0	10,6	10,4	9,6	11,6

graphischen Teilgruppe an und ist somit ein Indikator für die Hilfebedürftigkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die Gruppe der Leistungsberechtigten, die nach SGB II einen Anspruch auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende hat, setzt sich aus erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sowie aus sonstigen Leistungsberechtigten zusammen. Der Nenner dieser Quote wird durch die Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren, differenziert nach deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit⁹⁾, gebildet.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Anteil der ausländischen Leistungsberechtigten den der deutschen Leistungsberechtigten in jedem Land in sämtlichen Jahren von 2006 bis 2016 überstieg. In allen Ländern war die SGB II-Quote der Deutschen seit 2006 rückläufig. Demgegenüber ist ein eindeutiger Trend in der Entwicklung der SGB-II-Quoten von Nichtdeutschen nicht erkennbar. 2016 betrug die Differenz zwischen den SGB-II-Quoten der Deutschen (7,6 %) und Nichtdeutschen (19,2 %) in Deutschland 11,6 Prozentpunkte (vgl. T4). Dies ist im Zeitvergleich seit 2006 die zweithöchste gemessene Differenz, die nur im Jahr 2011 mit 12,0 Prozentpunkten¹⁰⁾ überschritten wurde.

Im Ländervergleich waren 2016 die größten Unterschiede zwischen den SGB-II-Quoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit im Saarland (24,2 Punkte), in Bremen (17,8 Punkte) und in Nordrhein-Westfalen (15,8 Punkte) vorzufinden (vgl. T5). Auch Niedersachsen wies mit einer Differenz von 14,8 Prozentpunkten einen vergleichsweise hohen Unterschied auf und überstieg damit den bundesweiten Durchschnittswert um 3,2 Punkte. Baden-Württemberg (7,5 Punkte) und Bayern (7,8 Punkte) waren 2016 die einzigen westlichen Länder, deren Differenzen zwischen den SGB-II-Quoten weniger als 10 Prozentpunkte betragen. Bemerkenswert ist, dass die Herkunftslücke in den ostdeutschen Flächenländern deutlich niedriger ist als in den westdeutschen. In den ostdeutschen Flächenländern ist der Nichtdeutschenanteil durchweg geringer und die SGB II-Quote durchweg höher als im Westen und in Berlin.

Für den hier vorliegenden Untersuchungszweck ist aber eine andere Tatsache von Bedeutung: Das Phänomen der

9) Eine Differenzierung nach Zuwanderungsgeschichte ist auf Basis dieser Statistik nicht möglich.

10) Im Folgenden vereinfacht: Punkte.

überdurchschnittlichen Herkunftslücke in den norddeutschen Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen sowie in Nordrhein-Westfalen tritt in der SGB II-Statistik über nahezu alle Jahre und Länder¹¹⁾ durchgängig genauso auf wie in der Armutsberichterstattung.

Im Ergebnis steht die Feststellung, dass die Herkunftslücke auch in der SGB II-Statistik in den norddeutschen Ländern und Nordrhein-Westfalen deutlich höher ausfällt als im Bundesdurchschnitt.

4. Ist ein regional unterschiedliches Bildungsniveau ursächlich?

Um die Armutsgefährdung von betroffenen Personen bzw. Personengruppen erklären zu können, bedarf es u. a. der Betrachtung des Indikators Bildung, da diese eine grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und besonders für die Erwerbschancen darstellt. Hier wurde als Indikator des Bildungserfolges der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit maximal Hauptschulabschluss an allen Schulabgängerinnen und -abgängern, jeweils differenziert nach Staatsangehörigkeit herangezogen. Eine hohe Quote bedeutet demnach, dass viele Schülerinnen und Schüler die Schule entweder mit einem Hauptschulabschluss oder gar ohne einen Abschluss beendet haben, also schulisch relativ gering qualifiziert sind.

Bereits die Tabelle T6 zeigt mehrere Strukturen im Vergleich zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen: 2016 lag der Anteil der relativ gering qualifizierten deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Bundesdurchschnitt bei 20,0 %. Der Anteil der nichtdeutschen Schulabgängerinnen und Schulabgänger war mit 42,7 % mehr als doppelt so hoch (vgl. T 6). Daraus ergab sich bundesweit eine Differenz von 22,7 Prozentpunkten zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. In Niedersachsen lag diese Differenz 2016 etwas niedriger, nämlich bei 22,6.

Die statistischen Ergebnisse fallen für Niedersachsen auch insgesamt besser aus als im Bundesgebiet, und zwar sowohl

11) Eine Ausnahme stellt lediglich der Wert von 2006 für Hamburg dar – dieser war identisch mit dem Bundeswert.

T6 | Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit maximal Hauptschulabschluss an allen Schulabgängerinnen und -abgängern in Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016 nach Staatsangehörigkeit

Land	Einheit	Jahr										
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Niedersachsen												
Deutsche	%	25,9	24,8	25,0	22,3	21,0	16,2	19,1	18,0	17,6	16,7	17,1
Nichtdeutsche	%	52,6	49,9	50,4	46,1	45,0	37,9	37,8	37,6	34,7	36,8	39,7
Differenz	Prozentpunkte	26,7	25,1	25,4	23,8	24,0	21,7	18,7	19,6	17,1	20,1	22,6
Deutschland												
Deutsche	%	29,7	28,3	27,0	25,5	24,4	22,4	21,5	20,1	20,8	20,3	20,0
Nichtdeutsche	%	58,4	57,6	55,2	52,7	50,4	47,4	44,4	41,7	42,2	40,7	42,7
Differenz	Prozentpunkte	28,7	29,3	28,2	27,3	26,0	24,9	22,9	21,6	21,5	20,4	22,7

Quelle: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/AllgemeinbildendeSchulen.html.

T7 | Differenz zwischen den Anteilen der Schulabgängerinnen und -abgänger mit maximal Hauptschulabschluss von deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern 2006 bis 2016 nach Ländern – in Prozentpunkten –

Land	Jahr										
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	36,9	37,6	37,6	36,3	34,6	31,5	28,4	23,6	22,7	20,1	21,9
Bayern	31,4	31,8	32,2	32,6	31,4	31,9	30,2	30,0	29,7	28,1	31,8
Berlin	29,3	27,7	27,1	24,7	22,3	18,1	16,5	16,0	16,6	18,2	19,6
Brandenburg	-1,9	4,4	2,1	0,9	5,5	-6,4	-2,3	0,8	5,3	0,4	15,4
Bremen	22,7	22,2	20,1	19,5	21,2	22,9	18,4	20,5	21,9	13,6	25,3
Hamburg	24,2	22,6	22,4	22,8	19,8	18,9	18,0	13,0	19,1	19,0	19,9
Hessen	27,1	26,9	26,3	25,0	23,4	22,8	21,1	19,0	18,8	15,8	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	5,7	12,4	7,3	5,3	1,1	5,9	0,1	8,0	2,4	0,5	12,5
Niedersachsen	26,7	25,1	25,4	23,8	24,0	21,7	18,7	19,6	17,1	20,1	22,6
Nordrhein-Westfalen	24,3	25,2	23,7	24,0	23,7	22,5	22,7	21,7	21,2	20,7	21,1
Rheinland-Pfalz	28,1	29,1	29,0	26,2	26,7	24,0	24,0	23,5	22,9	20,0	23,8
Saarland	30,5	29,2	28,4	30,6	24,7	24,6	23,0	20,1	23,7	21,8	31,2
Sachsen	17,7	19,3	12,4	7,0	6,4	2,3	3,0	7,6	10,7	10,8	12,6
Sachsen-Anhalt	21,7	22,8	19,5	18,3	12,5	10,1	10,1	14,3	16,3	26,6	35,7
Schleswig-Holstein	26,6	26,7	21,1	25,0	27,3	23,8	21,6	22,3	19,9	20,5	24,3
Thüringen	22,0	13,3	22,9	12,9	8,3	2,8	7,3	9,0	7,9	17,6	24,9
Deutschland	28,7	29,3	28,2	27,3	26,0	24,9	22,9	21,6	21,5	20,4	22,7

für die Deutschen als auch für die Nichtdeutschen. Für beide Gruppen liegen Niedersachsens Werte ca. 3 Prozentpunkte unter dem Bundeswert. Gleichwohl zeigen auch für Niedersachsen die Quoten – im Jahr 2016 Deutsche 17,1 %, Nichtdeutsche 39,7 % – erhebliche Unterschiede. Im Zeitverlauf konnte allerdings diese Diskrepanz verringert werden, was vor allem daran lag, dass der Anteil der geringqualifizierten nichtdeutschen Abgängerinnen und Abgänger von 52,6 % (2006) auf 39,7 % sank.

Die Tabelle T7 zeigt die Unterschiede zwischen den Quoten der Deutschen und Nichtdeutschen nach Ländern. Die höchsten Unterschiede zwischen den Anteilswerten wiesen 2016 Sachsen-Anhalt (35,7 Punkte), Bayern (31,8 Punkte) und das Saarland (31,2 Punkte) auf. Relativ geringe Unterschiede gab es in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen; in diesen Ländern ist die absolute Zahl ausländischer Schülerinnen und Schüler relativ gering. Niedersachsen lag mit einem Unterschied von 22,6 Prozentpunkten 2016 knapp unter dem Bundesdurchschnitt, und auch im Länder- und Zeitreihenvergleich liegt dieses Land ohne besondere Auffälligkeiten durchgängig im Mittelfeld und unterhalb des jährlichen Bundesdurchschnitts. Ähnliches gilt für Niedersachsens Nachbarländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein: In der Mehrzahl der betrachteten Jahre liegt auch in diesen Ländern die nachgewiesene Differenz niedriger als der Bundeswert.

Im Ergebnis steht die Feststellung, dass der Indikator „Schulbildung“ bzw. „geringe schulische Qualifikation“ zwar eine sehr bedeutende Rolle spielt als Ursache von Armut und Armutsgefährdung, dass aber die regionalen Unterschiede zwischen den Ländern nicht als ausschlaggebend für die Herkunfts-Lücke bei den Armutsgefährdungsquoten angesehen werden können.

5. Sind regionale Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung ursächlich?

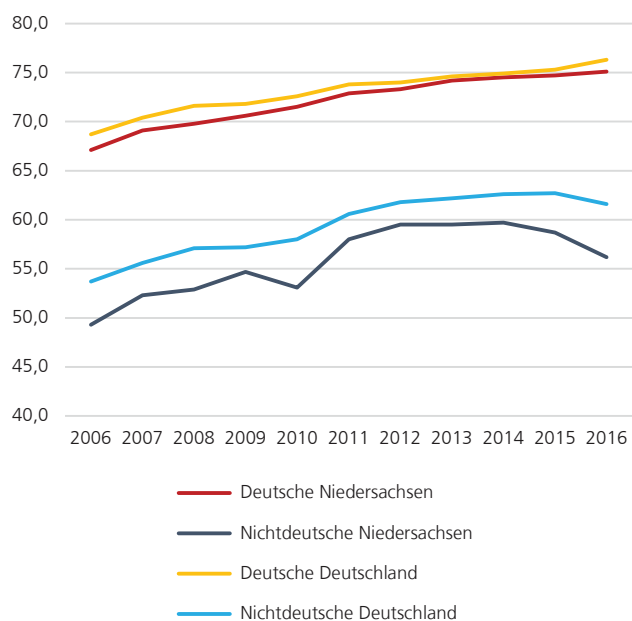
Im nächsten Analyseschritt wurde untersucht, ob und inwieweit die unterschiedliche Höhe der Herkunfts-Lücke durch Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung erklärbar ist. Dazu wurden Daten bzw. daraus resultierende Quoten über Erwerbstätige am Wohnort, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort und Arbeitslose herangezogen.

5.1 Erwerbstätigenquoten

Die Erwerbstätigenquote beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung der entsprechenden Altersgruppe. Erwerbstätig sind alle Personen, die innerhalb eines festgelegten Berichtszeitraums mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen auch Personen, die z. B. aufgrund von Krankheit, Mutterschutz oder Elternzeit vorübergehend nicht gearbeitet haben. Die hier dargestellten Daten beruhen auf dem Mikrozensus, wodurch weitergehende Auswertungen und Differenzierungen wie beispielsweise nach Staatsangehörigkeit möglich sind. Die Nachweisungen der Tabellen T8 und T9 beziehen sich auf Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach dem *Wohnortprinzip*.

Bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquoten von Deutschen und Nichtdeutschen für Gesamtdeutschland ist eine deutlich steigende Tendenz erkennbar (vgl. A3). Innerhalb der zehn Jahre von 2006 und 2016 stieg die Erwerbstätigenquote der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit um 7,6 Prozentpunkte von 68,7 % auf 76,3 % (vgl. T8). Auch die Erwerbstätigenquote der Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit stieg von 2006 bis 2015 kontinuierlich. 2016 allerdings sank sie, und zwar von 62,7 % auf 61,6 %

A3 | Erwerbstätigenquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016 – in Prozent –



um 1,1 Prozentpunkte. Diese Abnahme ging nicht auf eine Verringerung der Erwerbstätigkeit von Nichtdeutschen zurück, im Gegenteil: Diese nahm in absoluten Zahlen sogar zu. Ursächlich für die Abnahme der Quote ist die verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland, vor allem die Flucht-migration, in den Jahren 2015 und 2016. Damit wurde auch die sinkende Tendenz der Unterschiede zwischen den Erwerbstätigenquoten nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2016 unterbrochen. 2015 lag die Differenz bei 12,6 Prozentpunkten, 2016 bei 14,7. Diese Steigung der Differenz von 2015 auf 2016 trat in den meisten Ländern auf.

2016 wiesen die ostdeutschen Flächenländer Sachsen-Anhalt (41,6 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern (33,4 Punkte) und Sachsen (27,1 Punkte) die höchsten Differenzwerte (vgl. T9) auf. Betrachtet man nur die westdeutschen Länder, ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei den SGB-II- sowie den Armutsgefährdungsquoten: 2016 wiesen Bayern (8,3 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg (10,1 Punkte) die niedrigsten Unterschiede auf. Die höchsten Differenzen waren in Schleswig-Holstein (19,5 Punkte), Hamburg (19,3 Punkte) und Niedersachsen (18,9 Punkte) vorzufinden. Mit dieser für Niedersachsen seit 2006 höchsten gemessenen Differenz lag das Land 4,2 Prozentpunkte über

T8 | Erwerbstätigenquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016

Land	Einheit	Jahr										
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Niedersachsen												
Deutsche	%	67,1	69,1	69,8	70,6	71,5	72,9	73,3	74,2	74,5	74,7	75,1
Nichtdeutsche	%	49,3	52,3	52,9	54,7	53,1	58,0	59,5	59,5	59,7	58,7	56,2
Differenz	Prozentpunkte	17,8	16,8	16,9	15,9	18,4	14,9	13,8	14,7	14,8	16,0	18,9
Deutschland												
Deutsche	%	68,7	70,4	71,6	71,8	72,6	73,8	74,0	74,6	74,9	75,3	76,3
Nichtdeutsche	%	53,7	55,6	57,1	57,2	58,0	60,6	61,8	62,2	62,6	62,7	61,6
Differenz	Prozentpunkte	15,0	14,8	14,5	14,6	14,6	13,2	12,2	12,4	12,3	12,6	14,7

T9 | Differenz zwischen den Erwerbstätigenquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nach Ländern von 2006 bis 2016 – in Prozentpunkten –

Land	Jahr										
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	12,5	12,0	11,0	12,1	12,3	11,9	10,6	9,5	8,7	8,2	10,1
Bayern	10,1	10,9	10,6	10,2	9,7	8,7	7,1	8,3	7,5	8,0	8,3
Berlin	17,9	19,7	20,0	19,3	19,0	16,6	15,5	15,9	16,3	17,7	17,3
Brandenburg	18,1	15,4	21,2	21,8	25,0	22,1	18,1	23,2	17,4	21,1	12,1
Bremen	18,8	15,0	20,2	15,0	18,7	19,7	19,5	20,1	18,8	19,5	16,8
Hamburg	18,2	19,9	17,8	15,3	14,9	12,2	13,4	13,4	14,6	15,3	19,3
Hessen	14,2	16,1	14,5	14,5	14,1	11,2	10,7	10,3	10,6	10,8	12,7
Mecklenburg-Vorpommern	24,4	17,4	19,6	11,3	18,3	9,3	10,6	6,3	16,9	16,0	33,4
Niedersachsen	17,8	16,8	16,9	15,9	16,7	14,9	13,8	14,7	14,8	16,0	18,9
Nordrhein-Westfalen	18,6	17,6	17,2	17,4	16,7	16,6	15,5	14,8	15,5	15,7	18,1
Rheinland-Pfalz	14,0	11,9	12,5	11,9	12,6	12,5	11,6	11,9	12,0	13,1	13,9
Saarland	17,2	18,7	18,6	12,2	14,4	10,7	18,4	18,8	16,8	11,0	15,9
Sachsen	23,1	13,6	20,3	19,4	18,6	17,6	19,6	22,1	24,2	22,4	27,1
Sachsen-Anhalt	25,6	34,5	23,6	28,7	27,8	17,2	18,3	22,3	21,7	17,8	41,6
Schleswig-Holstein	18,5	17,2	13,9	18,9	17,1	14,7	12,1	17,8	15,5	15,5	19,5
Thüringen	30,2	25,6	16,9	21,6	13,4	15,6	17,9	17,7	29,6	28,1	26,5
Westdeutschland	14,8	14,7	14,0	14,0	13,9	12,8	11,7	11,7	11,6	11,7	13,7
Ostdeutschland (mit Berlin)	21,2	20,5	21,8	20,8	21,1	18,6	17,5	18,7	19,7	20,2	22,7
Deutschland	15,0	14,8	14,5	14,6	14,6	13,2	12,2	12,4	12,3	12,6	14,7

dem Bundesdurchschnitt und sogar 5,2 Punkte über dem westdeutschen Durchschnitt (13,7 Prozentpunkte). Im gesamten Zeitverlauf von 2006 bis 2016 lagen die Differenzwerte Niedersachsens durchgängig über dem Bundesdurchschnitt sowie dem westdeutschen Durchschnitt.

5.2 Beschäftigungsquoten

Die Beschäftigungsquote basiert auf Daten der Bundesagentur für Arbeit. Sie gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, in diesem Fall registriert am Arbeitsort, von 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung an und ist somit als Indikator für die Beurteilung des Beschäftigungsstandes in einer bestimmten Region zu betrachten. Für die hier durchgeführte Analyse der hohen Armutsgefährdung von Nichtdeutschen wurden die Beschäftigungsquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nach Ländern im Zeitraum von 2006 bis 2016 verglichen.

Langfristig betrachtet hat die Differenz zwischen den Beschäftigungsquoten von Deutschen und Nichtdeutschen in Deutschland abgenommen. Der bundesweite Unterschied von 21,5 Prozentpunkten im Jahr 2006 sank bis zum Jahr 2016 auf 16,7 Prozentpunkte. Während die Beschäftigungsquote der Deutschen zwischen 2006 und 2016 jährlich anstieg, wurde das Wachstum der Beschäftigungsquote der Nichtdeutschen – ähnlich wie bei den Erwerbstätigenquoten – im Jahr 2016 durch einen Rückgang um 1,2 Punkte zum Vorjahr unterbrochen (vgl. T10).

Im Jahr 2016 lagen nur die Differenzen der vier süddeutschen Länder Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern unterhalb des Bundesdurchschnitts (vgl. T11). Die ostdeutschen Flächenländer wiesen die höchsten Unterschiede auf. Unter den westdeutschen Ländern konnten die größten Unterschiede in Nordrhein-Westfalen (20,8 Punkte), Bremen (20,3 Punkte) sowie Schleswig-Holstein und Hamburg (jeweils 20,2 Punkte) verzeichnet werden.

T10 | Beschäftigungsquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016

Land	Einheit	Jahr										
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Niedersachsen												
Deutsche	%	49,2	50,3	51,6	51,8	52,6	53,9	55,5	55,9	56,9	57,9	58,7
Nichtdeutsche	%	22,4	23,0	23,8	24,0	24,9	27,2	37,1	38,2	40,1	42,3	39,7
Differenz	Prozentpunkte	26,9	27,3	27,8	27,8	27,8	26,7	18,4	17,8	16,8	15,6	19,0
Deutschland												
Deutsche	%	50,1	51,4	52,8	52,9	53,8	54,8	56,2	56,7	57,5	58,5	59,5
Nichtdeutsche	%	28,6	29,5	30,5	30,3	31,4	33,3	40,4	41,0	42,3	44,0	42,8
Differenz	Prozentpunkte	21,5	21,9	22,3	22,5	22,3	21,5	15,8	15,7	15,2	14,5	16,7

Quelle:
Bundesagentur für Arbeit Statistik > Statistik nach Themen > Beschäftigung > Beschäftigte.

T11 | Differenz zwischen den Beschäftigungsquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit von 2006 bis 2016 nach Ländern – in Prozentpunkten –

Land	Jahr										
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	16,6	16,7	16,9	17,6	17,4	16,4	12,2	12,3	11,3	10,0	11,6
Bayern	20,9	20,9	21,0	20,9	20,2	19,2	10,3	10,0	9,2	8,0	9,5
Berlin	25,4	26,4	27,1	27,2	26,7	26,0	21,3	21,4	20,8	19,7	18,9
Brandenburg	37,1	38,4	39,0	39,2	39,5	38,8	26,7	25,5	22,2	19,6	25,8
Bremen	23,4	23,3	23,4	24,2	23,8	22,9	19,5	20,2	19,3	19,0	20,3
Hamburg	22,9	23,4	24,4	23,5	22,4	21,8	18,9	18,9	19,0	19,7	20,2
Hessen	15,7	15,2	14,8	14,8	14,4	13,1	14,0	13,6	12,8	12,4	13,9
Mecklenburg-Vorpommern	37,7	38,7	40,0	39,9	39,9	38,5	29,2	27,2	24,0	21,4	26,1
Niedersachsen	26,9	27,3	27,8	27,8	27,8	26,7	18,4	17,8	16,8	15,6	19,0
Nordrhein-Westfalen	21,6	22,0	22,2	22,5	22,5	22,0	17,0	17,1	17,7	18,0	20,8
Rheinland-Pfalz	21,6	21,8	21,9	21,8	21,4	20,5	14,7	14,2	13,0	12,0	14,3
Saarland	27,4	27,6	27,3	27,7	27,5	27,0	19,0	18,7	18,1	16,8	19,7
Sachsen	37,8	39,0	39,7	39,7	40,2	39,7	30,8	31,1	29,9	29,7	33,9
Sachsen-Anhalt	34,3	34,7	35,8	35,2	35,0	34,4	32,6	32,2	31,2	29,0	34,4
Schleswig-Holstein	26,1	26,7	27,4	27,1	27,0	26,2	18,9	18,3	18,1	17,2	20,2
Thüringen	37,7	38,9	39,7	39,4	40,0	39,4	27,8	26,3	24,6	22,2	29,7
Westdeutschland	20,4	20,6	20,8	21,0	20,7	19,8	14,4	14,2	13,7	13,1	15,2
Ostdeutschland	32,8	34,2	35,0	34,9	35,0	34,5	27,7	27,4	26,4	24,6	26,5
Deutschland	21,5	21,9	22,3	22,5	22,3	21,5	15,8	15,7	15,2	14,5	16,7

Auch Niedersachsen wies mit einer Differenz von 19,0 Prozentpunkten einen deutlich höheren Wert als den Bundesdurchschnitt und den westdeutschen Durchschnitt (15,2 Punkte) auf. In Niedersachsen lag der Beschäftigungsstand der Deutschen bei 58,7 % und der Nichtdeutschen bei 39,7 % (vgl. T10).

5.3 Anteile der Asylbewerberinnen und -bewerber

Eine mögliche Erklärung für die regionalen Unterschiede der Erwerbs- und Beschäftigungsquoten der Nichtdeutschen könnte in der unterschiedlichen Zahl der Asylsuchenden – genauer: am unterschiedlichen Anteil, den die Asylbewerberinnen und -bewerber unter allen Nichtdeutschen haben – liegen. Die Tabelle T12 stellt auf Ebene der Länder die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Vergleich mit der Zahl der Nichtdeutschen Ende 2010 und Ende 2016 dar (Quelle: Ausländerzentralregister). Den Kreis der leistungsberechtigten Personen regelt § 1 Abs. 1 AsylbLG: Zu ihnen gehören vor allem hilfebedürftige Asylbewerberinnen und -bewerber sowie geduldete und zur Ausreise verpflichtete Nichtdeutsche, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, weil sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen dürfen.

Da Schutzsuchende unter den Ländern proportional verteilt werden, haben sie zahlenmäßig in denjenigen Ländern ein höheres Gewicht, in denen es relativ geringe Anteile und Zahlen von Nichtdeutschen gibt – so z. B. in den ostdeutschen Flächenländern, aber auch in Niedersachsen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ca. ein Drittel dieses Personenkreises aus Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen besteht, die dem Arbeitsmarkt ohnehin nicht zur Verfügung stünden. Die Anteile der Asylsuchenden an al-

len Nichtdeutschen (im Folgenden: Asylquote) können sich unmittelbar weder auf die SGB II-Zahlen noch auf die Arbeitslosenquoten auswirken, eben weil grundsätzlich erst anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber uneingeschränkt als Beschäftigte arbeiten und auch einer selbständigen Tätigkeit nachgehen dürfen. Erst dann stehen sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und können entweder erwerbstätig oder arbeitslos sein und ggfls. entsprechende Leistungen nach dem SGB beziehen.

Tatsächlich gibt es einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Nichtdeutschenanteil, der Asylquote und dem Abstand der Erwerbstätigenquoten von Deutschen und Nichtdeutschen: Je geringer der Nichtdeutschenanteil an der Gesamtbevölkerung, desto höher die Asylquote. Ein hoher Anteil an Asylsuchenden – das Maximum von 16,7 % lag 2016 in Brandenburg – senkt tendenziell die Erwerbstätigen- und Beschäftigungsquoten. Das gilt aber nicht durchgängig: So haben Berlin, Hamburg, Bremen und das Saarland relativ niedrige Asylquoten und zugleich überdurchschnittliche Werte beim Abstand der Erwerbstätigenquoten. Umgekehrt ist der Abstand der Erwerbsquoten von Deutschen und Nichtdeutschen in Brandenburg relativ niedrig, obwohl die Asylquote sehr hoch ist. Für Niedersachsen mit seinem vergleichsweise geringen Nichtdeutschen-Anteil erklärt die überdurchschnittliche Asylquote 2016 von 10,1 % einen gewissen Anteil des überdurchschnittlich hohen Abstandes der Erwerbstätigenquoten von Deutschen und Nichtdeutschen.

5.4 Arbeitslosenquoten

Die Arbeitslosenquote, die von der Bundesagentur für Arbeit berechnet wird, setzt die Arbeitslosen in Beziehung zu den zivilen Erwerbspersonen und ist somit ein Indikator

T12 | Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Nichtdeutsche 2010 und 2016 nach Ländern

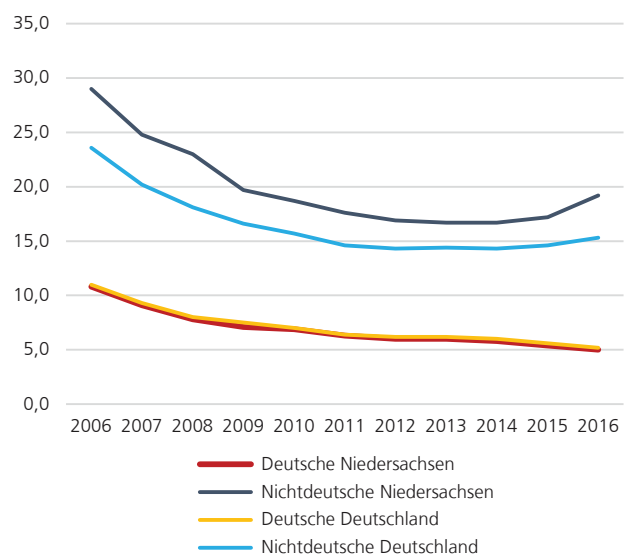
Land	31.12.2010			31.12.2016		
	Empfängerinnen und Empfänger	Nichtdeutsche	Empfängerinnen und Empfänger je 100 Nichtdeutsche	Empfängerinnen und Empfänger	Nichtdeutsche	Empfängerinnen und Empfänger je 100 Nichtdeutsche
Baden-Württemberg	10 291	1 177 987	0,9	89 856	1 665 100	5,4
Bayern	10 724	1 087 843	1,0	93 215	1 716 665	5,4
Berlin	11 429	462 078	2,5	41 259	627 805	6,6
Brandenburg	3 120	47 364	6,6	17 970	107 855	16,7
Bremen	2 976	76 556	3,9	6 133	120 715	5,1
Hamburg	6 783	230 545	2,9	17 466	299 005	5,8
Hessen	7 599	723 086	1,1	69 874	1 012 475	6,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 589	30 068	8,6	7 783	68 955	11,3
Niedersachsen	15 843	458 153	3,5	75 401	745 185	10,1
Nordrhein-Westfalen	36 128	1 794 549	2,0	191 316	2 512 865	7,6
Rheinland-Pfalz	5 328	289 023	1,8	31 940	441 410	7,2
Saarland	1 388	77 710	1,8	1 864	114 245	1,6
Sachsen	4 892	86 145	5,7	28 672	183 200	15,7
Sachsen-Anhalt	4 159	44 621	9,3	14 007	102 115	13,7
Schleswig-Holstein	4 039	132 673	3,0	29 476	230 180	12,8
Thüringen	3 009	35 220	8,5	12 007	91 300	13,2
Deutschland	130 297	6 753 621	1,9	728 239	10 039 080	7,3

Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de, abgerufen am 29.8.2018.

für die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots. Ebenso wie die Erwerbstätigen- und die Beschäftigungsquoten lassen sich die Strukturdaten zur registrierten Arbeitslosigkeit nach einer Vielzahl von soziodemographischen Merkmalen differenziert auswerten.

Seit 2006 sind in Gesamtdeutschland die Arbeitslosenquoten der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit von 11,0 % auf 5,2 % im Jahr 2016 kontinuierlich gesunken (vgl. T13 und A4). Die rückläufige Entwicklung der Arbeitslosenquoten der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wurde seit dem Jahr 2013 mit steigender Tendenz unterbrochen. Daraus ergibt sich, dass die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten von Deutschen und Nichtdeutschen seit 2013 zugenommen haben. Im Jahr 2016 betrug die Arbeitslosenquote der Nichtdeutschen 15,3 % und wies somit einen Abstand von 10,1 Prozentpunkten zu der Arbeitslosenquote der Deutschen auf. Im Ländervergleich wiesen 2016 Sachsen-Anhalt (23,2 Punkte) und Mecklenburg-Vorpommern (19,7 Punkte) die höchsten Differenzwerte auf (vgl. T14). Bezogen auf die westdeutschen Länder wurden die größten Unterschiede im Saarland (18,8 Punkte), in Bremen (18,6 Punkte) und in Nord-

A4 | Arbeitslosenquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016*) – in Prozent –



*) 2006 bis 2008 bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen, 2009 bis 2017 bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

T13 | Arbeitslosenquoten von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Niedersachsen und Deutschland 2006 bis 2016¹⁾

Land	Einheit	Jahr										
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Niedersachsen												
Deutsche	%	10,8	9,1	7,8	7,1	6,9	6,3	6,0	6,0	5,8	5,4	5,0
Nichtdeutsche	%	29,0	24,8	23,0	19,7	18,7	17,6	16,9	16,7	16,7	17,2	19,2
Differenz	Prozentpunkte	18,2	15,7	15,2	12,6	11,8	11,3	10,9	10,7	10,9	11,8	14,2
Deutschland												
Deutsche	%	11,0	9,3	8,0	7,5	7,0	6,4	6,2	6,2	6,0	5,6	5,2
Nichtdeutsche	%	23,6	20,2	18,1	16,6	15,7	14,6	14,3	14,4	14,3	14,6	15,3
Differenz	Prozentpunkte	12,6	10,9	10,1	9,1	8,7	8,2	8,1	8,2	8,3	9,0	10,1

1) Die Jahre 2006 bis 2008 beziehen sich auf abhängige zivile Erwerbspersonen. Die Jahre 2009 bis 2017 beziehen sich auf alle zivilen Erwerbspersonen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit Statistik > Statistik nach Themen.

T14 | Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten¹⁾ von Personen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit 2006 bis 2016 nach Ländern – in Prozentpunkten –

Land	Jahr										
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	9,2	7,3	6,4	7,3	6,6	5,7	5,6	5,7	5,4	5,6	6,1
Bayern	10,3	8,5	7,3	6,6	6,0	5,4	5,3	5,5	5,4	5,5	6,1
Berlin	24,2	21,2	18,8	14,1	13,4	13,5	12,6	12,0	11,6	12,4	11,8
Brandenburg	21,1	18,4	18,1	11,0	8,0	8,4	8,8	8,0	7,2	9,4	16,7
Bremen	17,3	15,7	14,7	12,8	13,1	13,7	14,3	13,6	13,7	16,3	18,6
Hamburg	14,6	12,6	11,6	10,1	9,1	9,0	8,5	8,4	8,9	9,8	10,4
Hessen	13,1	11,4	10,5	9,0	8,6	8,3	8,3	8,2	8,5	8,6	8,7
Mecklenburg-Vorpommern	28,9	27,2	23,3	10,0	9,5	7,8	8,4	8,8	9,1	11,6	19,7
Niedersachsen	18,2	15,7	15,2	12,6	11,8	11,3	10,9	10,7	10,9	11,8	14,2
Nordrhein-Westfalen	16,8	15,0	14,4	13,1	12,5	11,9	12,0	12,3	12,6	13,9	15,3
Rheinland-Pfalz	11,8	9,9	9,1	8,0	7,4	7,0	7,2	7,3	7,3	7,8	9,1
Saarland	17,7	15,2	13,8	11,1	11,3	9,8	10,4	11,0	11,6	14,4	18,8
Sachsen	26,7	24,0	22,7	11,9	12,3	12,4	11,2	11,1	11,1	13,6	18,7
Sachsen-Anhalt	23,6	22,3	22,2	12,7	11,6	12,0	11,4	10,3	11,0	14,5	23,2
Schleswig-Holstein	17,0	15,8	15,4	12,5	11,9	11,6	11,3	11,1	11,2	12,8	14,5
Thüringen	23,1	22,0	19,9	11,6	10,5	10,7	9,7	7,9	8,0	10,9	15,6
Westdeutschland	13,1	11,3	10,5	9,6	9,0	8,4	8,4	8,4	8,5	9,1	10,0
Ostdeutschland	24,0	21,6	19,8	13,2	12,8	13,0	12,0	11,4	11,0	12,6	14,7
Deutschland	12,6	10,9	10,1	9,1	8,7	8,2	8,1	8,2	8,3	9,0	10,1

1) 2006 bis 2008: abhängige zivile Erwerbspersonen, 2009 bis 2016: alle zivilen Erwerbspersonen.

rhein-Westfalen (15,3 Punkte) verzeichnet. Ähnlich wie bei den Beschäftigungsquoten erreichten 2016 nur süddeutsche Länder, nämlich Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg einen Differenzwert unterhalb des Bundesdurchschnitts. In Niedersachsen lag der Abstand zwischen den Arbeitslosenquoten der Deutschen (5,0 %) und der Nichtdeutschen (19,2 %) bei 14,2 Prozentpunkten und überstieg damit sowohl den bundesweiten Durchschnitt als auch den westdeutschen Durchschnitt (10,0 Prozentpunkte). Die Entwicklung der Arbeitslosenquote der Nichtdeutschen in Niedersachsen folgt dem bundesweiten Trend. Seit 2013 nahmen deren Quoten zu, wobei der größte Anstieg von 2015 zu 2016 um 2,4 Prozentpunkte zu verzeichnen war. Auch in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen sowie in Nordrhein-Westfalen lagen die Differenzwerte zwischen der deutschen und nichtdeutschen Arbeitslosenquote konstant über dem Bundeswert.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Strukturen der Unterschiede zwischen Deutschen und Nichtdeutschen in allen drei Indikatoren der Erwerbsbeteiligung denen der Armutsgefährdung ähneln: Auf der einen Seite stehen süddeutsche Länder, vor allem Bayern und Baden-Württemberg, mit einer vergleichsweise geringen Herkunfts-Lücke. Auf der anderen Seite stehen Niedersachsen und seine norddeutschen Nachbarländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein sowie auch Nordrhein-Westfalen mit jeweils überdurchschnittlichen Abständen sowohl der Armutsgefährdung als auch der Erwerbsbeteiligung.

6. Fazit der Untersuchung

Im Rahmen dieses Aufsatzes wurden verschiedene Indikatoren im Hinblick auf ihre unterschiedlichen Ausprägungen für Deutsche und Nichtdeutsche untersucht, um Aussagen über deren Beitrag zu der überdurchschnittlichen Diskre-

panz zwischen den Armutsgefährdungsquoten von Deutschen und Nichtdeutschen in Niedersachsen sowie anderen norddeutschen Ländern treffen zu können. Zunächst wurde anhand eines alternativen Armuts-Indikators, der SGB II-Quote, festgestellt, dass die Herkunfts-Lücke, einschließlich ihrer regionalen Differenzierung, genauso wie bei der Armutsgefährdung auftritt.

Die Ergebnisse bezüglich der Nationalität und dem Bildungsstand lassen darauf schließen, dass diese Indikatoren nicht ursächlich sind: In Niedersachsen sind besonders armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen wie z. B. Menschen aus Bulgarien nicht überdurchschnittlich vertreten. Bei den schulischen Bildungsindikatoren kann Niedersachsen bezüglich der nichtdeutschen Absolventinnen und Absolventen sogar überdurchschnittlich gute Werte aufweisen – was übrigens für die Zukunft ein hoffnungsvolles Zeichen ist.

Der Grund für die überdurchschnittlich große Herkunfts-Lücke dürfte auf den Arbeitsmarkt und das Erwerbsleben zurückzuführen sein. Sowohl bei den Arbeitslosen- als auch bei den Erwerbstätigen- und Beschäftigungsquoten weist Niedersachsen im Zeitverlauf von 2006 bis 2016 überdurchschnittliche Differenzwerte auf. Nur zum Teil ist dies mit einer höheren Asylquote zu erklären. Des Weiteren wurde festgestellt, dass die südlichen Länder Bayern und Baden-Württemberg, teilweise auch Hessen und Rheinland-Pfalz deutlich geringere Herkunfts-Lücken aufweisen.

Insgesamt lässt sich – ebenso wie bei den Armutsgefährdungsquoten – ein Süd-Nord-Gefälle erkennen: Die sozialen Disparitäten zwischen Deutschen und Nichtdeutschen sind in den norddeutschen Ländern und Nordrhein-Westfalen vergleichsweise stärker ausgeprägt. Dies könnte an einem erheblich besseren Arbeitsmarktzugang auch für Nichtdeutsche in den süddeutschen Ländern liegen.